

Horst Köhler und die kastrierte Demokratie

Horst Köhler kam aus dem Nichts und dort ist er jetzt wieder.

Von Marie Ringel

Die abrupte Amtsniederlegung des Bundespräsidenten Horst Köhler am Montag den 31. Mai 2010 hat das Polit-Establishment der deutschen Parteien für einen kurzen Moment aus der Verfassung gebracht. Nach dem ersten Schrecken – denn damit hatte niemand gerechnet – tut die Polit-Klasse so, als könne man aber gleich wieder zur gewohnten Ordnung übergehen und einfach einen neuen Bundespräsidenten wählen. Man übergeht stillschweigend, dass die deutsche Demokratie an einem gravierenden Systemfehler leidet: **Das politische System in Deutschland ist an einer seiner Schwachstellen zu Bruch gegangen!** Und diese Schwachstelle ist ein Tabu für die Systemlinge aus Medien und Politik! Sie reden darüber nicht. Also tun wir das.

In den ersten Kommentaren bedauerten die Führungspolitiker aller Parteien den Rücktritt. Wer aber genauer hinhörte und in die Gesichter der eloquenten Politgrößen schaute, der erkannte hinter der Fassade des formalen Gleichklangs der Worte, wie unterschiedlich sie den Vorgang werteten. Vor allem im Gesicht der Bundeskanzlerin war neben dem obligaten Bedauern eine unterschwellige Genugtuung unübersehbar! Auch ihre Formulierung: „*Ich bedauere diesen Rücktritt auf das Allerhärteste. Ich muss sagen, dass ich ihm natürlich auch gesagt habe, dass ich Respekt vor diesem Rücktritt habe*“ zeigt die Zwiespältigkeit auf, die Köhlers Entschluss für sie bedeutet: Es ist einerseits die Schwächung der eigenen Position als CDU- Vorsitzende und Kanzlerin - sie hatte ihn ja zum Bundespräsidenten ausgewählt – andererseits die Möglichkeit, diesen Präsidenten wieder los zu werden, der immer mehr zum Ballast geworden war.

Im Vergleich zur Politiker-Kaste konnte die Journalisten-Meute, die kräftig mitgeholfen hatte, Köhler zur Strecke zu bringen, die Vorgänge in gewohnter Häme abhandeln. Sie goss ob des Rücktritts noch einmal Gift und Dreck über den Bundespräsidenten: Im Feuilleton der FAZ¹ nennt man ihn einen „Fahnenflüchtling“ und einen „präsidialen Rohrkrepiere“. Hans Hermann Tiedje, der einstige „Bild“- Chefredakteur, nannte seinen Abgang „unverschämt“.

Der äußere Anlass des Rücktritts

Wie kommt es zu dieser unterschiedlichen Beurteilung durch diese beiden Eliten unserer Gesellschaft? Es lohnt sich, dieser Frage nachzugehen. Beginnen wir bei dem auf den ersten Blick unscheinbaren Anlass, den Äußerungen zur Notwendigkeit des Bundeswehreinsatzes im Ausland, der ganz offensichtlich nicht der Verteidigung Deutschlands dient. Während des Rückflugs von seinem Bundeswehrbesuch in Afghanistan plauderte der Bundespräsident ins Mikrofon des Deutschlandsenders:

„Wir kämpfen dort auch für unsere Sicherheit in Deutschland. Wir kämpfen dort im Bündnis mit Alliierten, mit anderen Nationen auf der Basis eines Mandats der Vereinten Nationen, einer Resolution der Vereinten Nationen. Alles das heißt, wir haben Verantwortung. Und ich finde es in Ordnung, wenn in Deutschland darüber immer wieder auch skeptisch mit Fragezeichen diskutiert wird.“ So weit, so gut. Wir kennen diese Interpretation, seit der ehemalige SPD-Bundesverteidigungsminister Struck in Vollzug der Anordnungen aus Washington uns diese Sicht und Notwendigkeit deutlich

¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 01.06.2010 Seite 29 und Seite 33.

gemacht hatte. Doch danach ging Köhler noch einen Schritt weiter und ergänzte diese angebliche Notwendigkeit, die an sich schon einen Bruch unserer Verfassung darstellt, mit seiner präsidentalen Sicht: *„Meine Einschätzung ist aber, dass insgesamt wir auf dem Wege sind, doch auch in der Breite der Gesellschaft zu verstehen, dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen negativ, bei uns durch Handel Arbeitsplätze und Einkommen zu sichern.“*

Sehen wir von der Unbeholfenheit im Ausdrucksvermögen ab, die einem Präsidenten des Deutschen Volkes und dem Volk nicht zur Ehre gereicht, so bringt Köhler zum Ausdruck: Wir sind wieder wer! Wir müssen unsere wirtschaftlichen Interessen wahren und dafür bereit sein, auch militärische Mittel einzusetzen, um die Absatzwege für unsere Produkte zu sichern, schließlich hängen unser Wohlstand und unsere Arbeitsplätze davon ab. Wenn er das nicht sagen wollte, dann hätte er anders reden müssen. Ihm war sicherlich nicht klar, dass seine Worte genau in das schubladenhafte kadergeschulte Denken jener Gruppierung passte, die sich einmal Kommunisten nannten, jedenfalls unterstellt ihm die Linkspartei prompt, dass er Wirtschaftskriege befürworte.² Es half Köhler nichts, dass er sich für seine missverständlichen Worte entschuldigte. Seine Förderer aus Union und FDP verteidigten ihn nicht gegen diese Angriffe, sie bereiteten ihnen wahrscheinlich sogar eine innere Genugtuung.

War Köhler als Bundespräsident geeignet?

Es war Angela Merkel und ihr jetziger Vizekanzler und Außenminister Guido Westerwelle, die ihn vor der Bundespräsidentenwahl im Jahr 2004 quasi „aus dem Hut“ gezaubert hatten. Beide wollten Wolfgang Schäuble damals nicht als Bundespräsident. Sie befürchteten offensichtlich, dass er ihnen mit seiner Erfahrung und seinem Durchsetzungsvermögen gehörig ins politische Handwerk pfuschen könnte, dass er womöglich sogar noch persönliche Animositäten gegen sie hegen könne.

So wurde Horst Köhler zum Bundespräsidenten gemacht, den niemand kannte und der selbst nicht wusste, wie ihm damals geschah! Doch den Schuh, den er sich überziehen ließ, war ihm einige Nummern zu groß. Das hätte er selbst wissen müssen, auch wenn er bis dahin eine unwahrscheinliche Laufbahn als politischer Beamter durchlaufen hatte, die ihn sogar zum Direktor des IWF katapultiert hatte. Aber so ist das halt in unsere Zeit. Wer Karriere machen will, der muss „mehr scheinen als sein“. Köhler ist nicht der einzige!

Zum Erstaunen seiner „Taufpaten“ und des Volkes, das ja beim Küren seines Präsidenten nur Zaungast sein darf, mauserte sich die Person bald nach ihrer Ernennung und wollte Akzente setzen, die man von einem Bundespräsidenten aus den Parteiniederungen nicht gewöhnt war: Er wollte ein Präsident des Volkes sein und fragte, warum das Vertrauen der Bürger in die Politik so gering war, er wollte die Menschen besser in die politischen Prozesse einbinden, er nahm die Möglichkeit wahr, von der Regierung ausgefertigte und vom Bundestag abgesegnete Gesetze nicht zu unterzeichnen und er geißelte sogar die Entwicklung auf den Finanzmärkten und das Verhalten der Banken.

² Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 01.06.2010 Seite 1.

Das musste natürlich den eigentlichen Machern der Politik aus den Parteien missfallen. Und als es zur Wiederwahl im Jahr 2009 ging, ließen Union und FDP „ihren Präsidenten“ lange warten, bis sie ihn wieder als Kandidaten aufstellten. Das hat Spuren hinterlassen, Köhler war nach seiner Wiederwahl nicht mehr der Alte. Ihm war „der Zahn gezogen“, er sparte mit seiner öffentlichen Kritik der Parteien, weshalb die Bildzeitung, die ihm zuvor den Namen „Super Horst“ gegeben hatte, schon fragte, „Wo ist eigentlich Super-Horst“? Als er jetzt doch noch einmal den Mut fasste und die Leistungen der schwarz-gelben Koalitionsregierung seit der Übernahme der Regierungsmacht in aller Öffentlichkeit und Deutlichkeit kritisierte³, es war am 21. Februar 2010, hatte er das Urteil über sich selbst und seine politische Zukunft gefällt. Man brauchte ihm nur die tätige Mithilfe seines persönlichen Unterstützungspersonals entziehen, um ihn hilflos, ja trottelig erscheinen zu lassen, wie einstmals den Bundespräsidenten Heinrich Lübke. Und so geschah es: Nachdem ihn sein Pressesprecher, Martin Kothé, verlassen hatte, der einstmals Pressesprecher von Westerbelle gewesen war, quittierten auch einige andere wichtige Mitarbeiter den Dienst des Bundespräsidenten. Auf sich allein gestellt war abzuwarten, dass er aus persönlichen Unzulänglichkeiten Fehler beging, die ihn disqualifizieren und man ihn so zum Schweigen bringen würde. Dass er dann jedoch den Eklat des öffentlichen und sofortigen Rücktritts wählen würde, war für die Beteiligten sicherlich nicht vorhersehbar. Aber damit können sie auch gut leben, wie der Gesichtsausdruck und die Worte der Kanzlerin danach verrieten.

Des Pudels Kern

Zweifelsohne haben sich die Medien, im konkreten Fall taten sich der Deutschland Sender und der Spiegel besonders hervor, und die Politik bei der Affäre die Bälle zugespielt. Der Sender mit den verfänglichen Fragen, der Spiegel dadurch, dass er die Angelegenheit, nachdem sie beinahe im Sande verlaufen wäre, nochmals und mit Nachdruck an das Licht der Öffentlichkeit zerrte. Er titelte seinen Artikel über das Interview mit „**Horst Lübke**“⁴, um Köhler in offenkundiger Anspielung auf das täppische Auftreten des Ex-Präsidenten Lübke der Lächerlichkeit preis zu geben. Das brachte das „Fass zum überlaufen“. Die Kanzlerin, die es abgelehnt hatte, dem Bundespräsidenten in der Angelegenheit beizuspringen, „*man pflege Einlassungen des Bundespräsidenten nicht zu kommentieren.*“⁵ hatte ihm ihren Rückhalt entzogen und so sah sich Köhler nicht mehr in der Lage, den Kräften zu widerstehen, die von allen Seiten auf ihn einschlugen.

Wollte man die Affäre auf Intrigen und persönliche Unzulänglichkeiten allein zurückführen – wie das in diesen Tagen durch Politik und Medien geschieht – dann wäre dies allerdings eine unzulässige Reduktion der Sicht auf Oberflächlichkeiten, mit der die Boulevardpresse sich zufrieden gibt und die abgestumpften Bürger dann eben auch. Man muß sich über eines im Klaren sein, es ist erst die kastrierte Form der Demokratie in Deutschland, die solche Entwicklungen ermöglicht.

Die von den westalliierten Siegermächten nach dem Krieg eingesetzte Verfassungsgebende Versammlung hat die politischen Strukturen festgelegt, in denen die Macht, die in einer Demokratie eigentlich vom Volk ausgehen sollte, in Wirklichkeit nicht beim Volk, sondern bei den Parteien liegt. Nicht das Volk wählt den Präsidenten, sondern die Parteien! Dem Volk misstraute man damals, hatte es doch einen

³ Siehe z.B. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.03.2010 Seite 5.

⁴ Der Spiegel Nr. 22 vom 31.05.2010, Seite 24.

⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 01.06.2010 Seite 33.

Reichspräsidenten wie Paul von Hindenburg und später sogar Adolf Hitler gewählt. Und noch lebten diese Wähler, als das Grundgesetz aus der Taufe gehoben wurde. Die Vergabe des höchsten Amtes im Staat wurde deshalb den Parteien anvertraut, deren Zuverlässigkeit leichter zu kontrollieren und zu regulieren war als die des gesamten Volkes! De facto haben somit die Parteien die Macht inne, die in einer Demokratie dem Volk zugeschrieben wird. Sie stellen den Präsidenten - Kandidaten auf, den sie dann auch selber wählen. Würde das Volk den Bundespräsidenten wählen, dann hätte weder ein Heinrich Lübke noch ein Horst Köhler die geringste Chance gehabt, Bundespräsident zu werden. Unter diesem Aspekt kann man beide tatsächlich vergleichen – ohne dass dies eine gezielte Beleidigung für Horst Köhler wäre.

Die deutsche Demokratie nach dem Zweiten Weltkrieg war immer eine Parteien - Herrschaft, die den Namen Demokratie zu Unrecht trägt. Die Parteien küren nicht nur den Bundespräsidenten, sie besetzen auch die höchsten Richterämter nach dem jeweiligen Mehrheitsproporz, ebenso wie sie alle anderen wissenschaftlichen und gesellschaftsrelevanten Gremien oder vom Staat zu vergebenden Posten besetzen – bis hinunter zum Hausmeisterposten an den Schulen. Wäre das Volk wirklich der Souverän, der auch den Präsidenten wählt, wie das in den anderen großen Demokratien dieser Welt der Fall ist, dann könnte keine einzelne Person (Minister oder Funktionär) oder ein Zweckbündnis von Parteien und anderen gesellschaftlichen Gruppen den höchsten Repräsentanten des Staates so behandeln, wie das jetzt geschehen ist. Ein Präsident, der vom Volk gewählt würde, kann weder vom Kanzler noch von einer Partei fallen gelassen werden wie eine heiße Kartoffel!

Eine grundlegende Remedur des Systems wäre angebracht, doch wer sollte die in die Wege leiten? Müssten doch die Parteien und ihre Funktionäre die Macht freiwillig aus den Händen geben, die ihnen die Geschichte und ein verlorener Weltkrieg in die Hände gespielt hat. Eine solche freiwillige Machtabgabe hat es in der Geschichte bisher noch nie gegeben.

Der nächste Bundespräsident wird also wieder von ihnen bestimmt und er wird aus ihren Reihen kommen. Sie haben aus dem Versuch mit Horst Köhler gelernt. Es wird eine Person sein, die in ihrem Werdegang durch das Parteiensystem gelernt hat zu funktionieren. Nicht anders war es im untergegangenen Sowjet-Sozialismus und so funktioniert es auch noch im heutigen China.